

Attac-Plenum am 6.11.2017, EineWeltHaus, 19:00 h – 22:00 h,

Moderation: Klaus und Bernhard, Protokoll: Bernd, 23 TN

Begrüßung, Neue Leute

TOP 1: Nachlese zur Bundestagswahl im Hinblick auf die Strategie der Linken.

Was folgt daraus für Attac?

Impuls-Statements: Klaus und Bernhard (Anh.)

Kernpunkte:

Klaus: Wenn wir über den Rechtsruck (nicht nur in der BRD, sondern in Europa) diskutieren, muss unser Augenmerk auf die **Ursachen** gerichtet werden: soziale Missstände, Abbau von sozialem Netz, von Arbeitnehmerrechten, Kampf nach unten. Eine vordergründige Diskussion (über Flüchtlinge, Gewalt, Rechtsruck, Antisemitismus) ist Ablenkung von dem, was unsere Interessen und die der Menschen sein sollten.

Bernhard: Es gibt eine tiefgreifende **Spaltung** (nicht nur in der BRD, sondern in Europa), die sich am Thema Migration entzündet hat. Die Diskussion in der Linken ist zu wenig auf die konkrete Bewältigung der Probleme gerichtet, die sich mit der Migration stellen, sondern bleibt bei Forderungen stehen, diskreditiert oft Andersdenkende.

Plenumsdiskussion (verbleibt in großer Runde), einige Diskussionsaspekte:

- Eine differenzierte Sicht dessen, worin Spaltung besteht, ist nötig, es kann nicht pauschal davon gesprochen werden, sie bestehe zwischen „Mittel- und Unterschicht“: Die Fronten bei der Migrationsfrage verlaufen quer durch alle Schichten.
- Bei der Ursachen-Diskussion muss die Veränderung unseres Wirtschaftssystems an erster Stelle stehen. Diesbezügliche Forderungen von Attac sind zwar seit langem bekannt, jedoch politisch bislang nicht wirksam. Zur Bewältigung der Probleme tat die herrschende Politik zu wenig.
- Geflüchtete können in den Aufnahmeländern gesellschaftliche und wirtschaftliche Beiträge leisten (wenn sie entsprechend befähigt werden); das muss mehr gewürdigt werden. Abgesehen davon, dass sie dann in Zukunft für die Arbeit in ihren Herkunftsländern sehr wichtig werden können.
- Es ist zu wenig bewusst, in welchem Maß Europa/der Westen verursacht seit Jahrhunderten und bis heute Migrationsbewegungen – Kolonialherrschaft, Sklaverei, Ressourcenausbeutung, ungerechter Welthandel, Kriege um Einfluss-Sphären, ökologische Zerstörung.
- In diesem Zusammenhang wieder: Stephan Lessenich (**Neben uns die Sintflut**: Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand? Über das soziale Versagen unserer Weltordnung. Uns im Westen geht es gut, weil es den meisten Menschen anderswo schlecht geht. Wir lagern systematisch Armut und Ungerechtigkeit aus, im kleinen wie im großen Maßstab.)
- Verständlich ist die Angst vieler bei uns, Wohlstand abgeben zu müssen, Sorge um Arbeit und Wohnung, wenn die Migration nicht eingedämmt wird: Nährboden für die AfD.
- Gefährlich daran: In diesem Diskurs wird die „Schuld“ wieder einmal auf ökonomisch Schwächere abgeladen, oft in national verengter Sicht, ohne die Probleme neoliberaler Globalisierung, der Klassengesellschaft und der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen zu thematisieren.

Vorschläge für weiteres Vorgehen:

- Die Diskussion um die ökonomischen Ursachen der Migration muss weitergeführt werden.
- Als Gegengewicht zur Spaltung müssen Gemeinsamkeiten gesucht werden, z.B. in der Steuerdebatte
- Die einzelnen AKs sollen Prioritäten setzen und Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten
- Ein AK könnte sich mit den Inhalten der AfD intensiver befassen (Jochen lädt ein)

TOP 2: **Herbstratschlag Nachlese**

Zu dem für Okt. geplanten Europa-Kongress hat Peter Wahl einen Text vorgelegt; das Thema sollte auch in Regionalkonferenzen vorbereitet werden.

Näheres zum Herbstratschlag siehe: <http://www.attac.de/ratschlag/herbstratschlag-2017/>

TOP 3: **Ko-Kreis- Nachwahl**

Für den Chor wurden nachgewählt: Anna Buchwald und Michael Meierl (einstimmig bei 2 Enth.)

Für den AK Arbeit fair Teilen: Eva Brunnenmann (einstimmig, bei 1 Nein, 2 Enth.)

TOP 4: **Förderbeitrag für Berliner Compagnie**

Für das Gastspiel „Das Bild vom Feind – Wie Kriege entstehen“ (8.11.2017, 20:00 h Freiheizhalle) hat Attac 200,- € zugesagt (Gegenwert von 13 Tickets, die Bernd verkauft).

TOP 5: **Bericht Attac-AG Organisation:**

Attac-Vereinsstruktur und die „Handreichung“

Klaus berichtet, dass über einzelne Punkte, die für den Verein von Belang sind, noch weiter beraten wird: a) Art der Abrechnung von Bündnisbeiträgen, b) Frage der Mittelkürzung, wenn Ortsgruppen sich nicht an Vereinbarungen halten, c) Beschlussfassung über die „Handreichung“, d) Klärung der Vereinsstruktur des Attac e.V., wobei RA Ulrich Fuchs zur Beratung bereit ist.

TOP 6: **Nachlese Gruppenklausur** (Sonntag, 29.10.2017, Mohr-Villa)

Die Erwartungen wurden, auch was die Moderatorin betrifft, weitgehend erfüllt, v. a. kein Zeitdruck.

Die Methode TZI (Themenzentrierte Interaktion) bildete mit der Struktur „Es-Wir-Ich“ („Sach- und Beziehungs- und persönliche Ebene“) die Möglichkeit, sich über die Struktur von Attac-Arbeit und Kommunikation Gedanken zu machen, sei es in der Dialogrunde, mit Bewegungselementen oder in einem „Schreibdialog“ zu den TZI-Grundpfeilern (Ergebnisse dokumentiert Bernhard).

Zur Nacharbeit der Klausur bzw. zur Weiterarbeit regt Micha an, könnten Interessierte sich treffen.

TOP 7: **Präsentation Regeln für Konsensfindung – Zahlenbeispiele**

Klaus und Ralf stellen eine grafische Darstellung von Alternativen zur Regelung von Veto-Stimmen nach der Konsensfindungs-Phase vor (siehe Anh.).

Vertagt wurde: Überprüfung der Bündnisse (Dazu wurde die Liste vom letzten Jahr mitgeschickt)

Nicht behandelt: Terminverschiebung Dezemberplenium um eine Woche auf den 11.12.2017 wegen zeitgleicher Auftaktveranstaltung der Münchner Tage der Menschenrechte im NS-Doku-Zentrum.

Anhang

1. Statement von Klaus: Spaltung/Ausgrenzung von Gruppen mit gemeinsamen Interessen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen zeigen eine Zersplitterung der Parteienlandschaft. Sie kann als Ergebnis einer Tendenz gesehen werden, Themen zu setzen, die Gruppen mit gemeinsamen Interessen spalten. Ein Beispiel dafür ist das Thema Flucht und Migration.

Gemeinsames Interesse der mittleren und unteren Schichten in Deutschland und das der meisten Flüchtenden wäre es, Fluchtursachen, wie Kriege und Zerstörung der wirtschaftlichen Strukturen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Durch Konzentration der Auseinandersetzung auf Themen wie Obergrenze, begrenzte oder unbegrenzte Aufnahme gelingt es, die genannten Gruppen zu spalten. Die „Kampflinien“ richten sich dann von oben nach unten, die unteren Schichten gegen die Flüchtenden, die mittleren Schichten gegen die unteren.

Eine weitere Tendenz, Spaltungen zu erreichen, sind Stigmatisierung von Meinungen und Ausgrenzungen von Gruppen oder prominenter Vertreter, die (angeblich) solche Meinungen vertreten. Das Erkennen gemeinsamer Interessen weiter Bevölkerungsteile wird damit wirksam verhindert, ihre Durchsetzung im Ansatz abgeblockt. Beispiele für Stigmatisierung und Ausgrenzung sind:

Linke Gewalt, Antisemitismus

Forderung nach „Bekanntnis zur Gewaltfreiheit“ bzw. Distanzierung von als „Antisemiten“ verdächtigter Personen, vielschichtige Ausgrenzungswirkungen (Nichtteilnahme an Demos, an denen „Verdächtige“ beteiligt sein könnten, keine Interviews mit Stigmatisierten, z. B. Ken Jebsen, etc. etc.)

Kampf gegen rechts

Ausgrenzung politischer Interessen, Ausrichtung politischer Kampflinien von oben nach unten. Das gemeinsame Interesse mittlerer und unterer Schichten, dass die Wirtschaft nicht den Gewinninteressen einiger Weniger, sondern der Versorgung der Allgemeinheit dienen soll, wird dadurch unkenntlich gemacht.

Problematik der Themensetzung

Durch die Themensetzungen in Presse und Medien ist es schwierig, eigene Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Man ist nur medienwirksam, wenn man sich an die vorgegebenen Themen und insbesondere an die vorgegebenen Konfliktlinien dranhängt. Eigene Themen zu setzen erfordert viel Aufwand und ist oft nicht möglich.

Emanzipation von den Vorgaben von Presse und Medien

Die dargestellten Mechanismen der Spaltung von Interessensgruppen können durch Einhaltung folgender Grundsätze durchbrochen werden:

- Keine Teilnahme an Ausgrenzungsspielen, keine Berührungängste vor stigmatisierten Gruppen
- Konzentration auf eigene Zielsetzungen, auch wenn sie momentan kein Gehör in den Medien finden

2. Statement von Bernhard: Die Bundestagswahl und die Strategie der Linken

Ganz ohne Zweifel ist es ein Ergebnis der Bundestagswahl 2017, daß die Gesellschaft gespalten ist, und das drückt sich im Wahlergebnis aus. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß denkbare Koalitionen scheitern und damit Neuwahlen ins Haus stehen. Ob das den Streit und die Spaltung aber löst, ist die Frage.

Ich will mich bei der Betrachtung der Strategie und den Fehlern, die die Linke hier nach meiner Ansicht gemacht hat, auf das Thema Einwanderung, Flüchtlinge, Antifaschismus und Rassismus in der Gesellschaft, beschränken. Das mag für manche einseitig und langweilig erscheinen, aber machen wir uns vorab bewusst, welche Themen nicht die Kraft haben, die Gesellschaft so zu spalten und gegeneinander aufzubringen, wie diese.

Weder der Atomausstieg noch das Thema Abtreibung sind aktuell virulent, bei den Themen Energiewende, Verkehr und Umweltschutz herrscht mit gewissen graduellen Unterschieden weitgehend Einigkeit. Glyphosat und Diesel sind zwar streitbare Themen, aber die verschiedenen

Gruppen können mit einander reden. Und bei Steuern, Freihandel und Sozialwesen sind die Gestaltungsvorschläge verteilt wie immer.

Nur bei den Themen Zuwanderung, Flüchtlinge, Bleiberecht oder Obergrenze ist das anders. Hier hat auch "die Linke" immer absolut scharf und ausschliessend reagiert.

Wer nicht erklärt hat daß er/sie uneingeschränkt für ein „Bleiberecht für alle“ und „bringt Eure Familien mit“ ist, geht das Risiko ein, als „Rassist“, „Faschist“, als psychisch krank da „Xenophob“ bezeichnet zu werden. Oder schlicht als Vollepp hingestellt zu werden, weil der die moderne Zeit der Globalisierung noch nicht verstanden hat und noch im Geist des vorletzten Jahrhunderts lebt. Diese Reaktion der linken Visionäre gegen jeden, der nicht ihrer Meinung ist, wird dann noch garniert mit der Einstellung „mit dem rede ich nicht mehr“ und „diese Meinung ist keine Meinung sondern ein Verbrechen“.

Was passiert hier eigentlich?

Mit der sprunghaften Zunahme der Fluchtbewegungen in die westeuropäischen Kernländer gab es schon eine unterschiedliche Bewertung der Vorgänge: „Summer of migration“ gegen „Flüchtlingskrise.“ Wenn überhaupt von linker Seite über die Folgen dieser Fluchtbewegungen gesprochen wurde, dann nur mit der Argumentation der „Chancen“. Diskussionsbeiträge, die davon sprachen, daß ja zuerst einmal auch investiert werden muss, bevor die Chancen – vielleicht – zur Auswirkung kommen, der wurde von der Linken schnell aus dem diskursiv möglichen Raum ausgeschlossen. Dabei ist es völlig egal, was die Vorgänge nun darstellen – wichtig ist, wie sie empfunden werden.

Welches Angebot hatte die Linke jenen zu geben, die die Vorgänge als Krise empfunden haben? Angebote gab es keine, aber jede Menge Beschimpfung und eine deutliche Missachtung für die Bürger die die Vorgänge als Krise bewerteten.

Und so geht es bis heute weiter.

Jamila Schäfer von der Grünen Jugend:

„Ich finde das, was die CSU tut, zerstörerisch. Wer die ganze Zeit über Abschottung, Begrenzung und Zahlen redet, wenn es um Schutzsuchende geht, der schafft keine Empathie.“

Das mag man so sehen, aber wer ausschliesslich nur von Schutzsuchenden und erforderlicher Toleranz, von Verpflichtungen der Gesellschaft und von erforderlichen Veränderungen redet und die Folgen selbst verschweigt und andere zum Schweigen vergattert, der schafft Hilflosigkeit und in der Folge Wut.

Ist es wirklich „zerstörerisch“ nachzufragen, ob die Ressourcen für zuwandernde Menschen, die sich vorerst nicht selbst unterhalten können, ausreichen?

Ist es faschistisch, festzustellen, daß die sowieso schon abgehobenen Wohnungsmärkte in den Ballungsgebieten jetzt auch noch viele Flüchtende aufnehmen sollen?

Die Frage ist doch durchaus berechtigt, ob die „Veränderungen“, die durch eine große Zahl von Zugewanderten z.B. aus dem islamischen Kulturraum von der Bevölkerung derjenigen, die schon da sind, auch gebilligt wird? Gerade die Linke beruft sich oft darauf, daß die Entscheidungsfindung möglichst demokratisch abzulaufen hat, warum darf dann ein Teil der Bevölkerung hier noch nicht mal ihre Meinung ausdrücken?

Welche Wahlalternative hatten jene Bevölkerungsgruppen eigentlich, die bei der ungesteuerten Zuwanderung auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention Zweifel geäußert haben?

Linke, Grüne Basis und der Merkel-Teil der CDU waren dies sicher nicht. Die CSU wirkt wohl aus Sicht dieser Wähler als zu machtorientiert. Die FDP macht alles mit, was den „Fachkräftemangel“ dämpft – oder potentiell die Löhne drückt und das Wachstum erhöht. Diesem Wählerpotential blieb nur die AfD, wenn die Bürger in diesem als wichtig empfundenen Thema ihre Kritik an der ungesteuerten Zuwanderung Ausdruck verleihen wollten.

Dabei ist es gerade das Wählerpotential der Linken, die von den Folgen der Zuwanderungsbewegungen vor allem betroffen sind: Zunehmende Konkurrenz um billigen Wohnraum und Einkommens-

möglichkeiten mit niedrigen Einstiegshürden. Eine zusätzliche Belastung der Sozialsysteme, die den Eliten sowieso immer zu teuer erscheinen wirkt auch nicht als beruhigender Faktor.

Was hatten die Grünen den Wählern zu bieten, die sich Sorgen um den zukünftigen Zugang zu Wohnraum machen? „Verdichtung“ war das einzige, was die Grünen hier zu sagen hatten. Aber aus dem gleichen Bevölkerungskreis kommt das Bestreben, eine Volksabstimmung zur Begrenzung des Flächenverbrauchs für Baumaßnahmen in Bayern durchzusetzen. Wie soll das in der Praxis zusammengehen? Ungesteuerte Zuwanderung von Menschen, die es wünschen, aber Begrenzung beim Flächenverbrauch für entsprechende Gebäude, die notwendig sind um diese Menschen unterzubringen – von Finanzierung und davon, ob Integration überhaupt noch möglich ist wenn unbegrenzt viele Menschen sich hier neu ansiedeln, habe ich jetzt nicht gesprochen.

Wieder Jamila Schäfer von der Grünen Jugend über die Forderung nach einer Obergrenze der CSU: „Wer verschiedene Gruppen Schutzbedürftiger, Asylbewerber, subsidiär Geschützte oder nachziehende Familienangehörige, in einen Topf wirft, spielt Menschen zynisch gegeneinander aus“. Über Zahlen von Flüchtenden soll möglichst nicht gesprochen werden, das würde ja den „Argumenten der Rechten Vorschub geleistet“.

In der Praxis jedoch treffen sich die verschiedenen Gruppen von Flüchtenden in Endeffekt doch an der Türe zur Ausländerbehörde sodaß es für die staatlichen Stellen, die mit der Zuwanderung beschäftigt sind, sehr wohl um Zahlen geht: Zahlen für benötigte Plätze in Heimen, zukünftig Zahlen über benötigte Wohnungen, Schulen und Arbeitsplätze, und natürlich – Finanzmittel.

Von den Visionären der offenen Grenzen werden fast nur moralische Argumentationslinien ins Spiel gebracht, aber die Argumente der Praxis nicht anerkannt sondern sogar diffamiert. Die ureigene Wählerklientel der Linken, also der „hart arbeitende Arbeitnehmer“ wurde in der Diskussion eher als rückwärtsgewandt beschrieben, der nichts zu klagen hätte weil es ihm doch noch gut ginge gegenüber dem Leid der Flüchtenden. Vor lauter Internationalismus und Antirassismus ist offenbar vieles wichtiger geworden, wie die Menschen, die schon in Deutschland leben. Am deutlichsten wurde mir dies an einem Wahlplakat der MLDP: „Freiheit für Kurdistan“- in kurdischer Sprache plakatiert. Der MLDP war offenbar nicht aufgefallen, daß es eine deutsche Bundestagswahl war, so beseelt waren die Plakatgestalter von ihren internationalistischen Anliegen.

„Besorgte Bürger“ sind an sich etwas Gutes, wenn Menschen nicht blind neuen Entwicklungen gegenüberstehen so wie die FDP: „Innovation first, Bedenken second“. Aber auch über diesen Begriff werden die Kritiker der ungesteuerten Zuwanderung diffamiert als Menschen, die eigentlich etwas ganz anderes meinen würden (Nationalismus) wenn sie Sorgen oder Begrenzungen aus praktischer Argumentation heraus ausdrücken.

Kann es sein, daß die Linke mit ihren Hassreden über Rassisten und Faschisten, mit denen sie alle überziehen, auch jene, die ganz praktisch argumentieren, ihre eigenen Sorgen überdecken wollen? Ihre Sorgen, daß die Gesellschaft politisch nach rechts driftet und wieder so eine Entwicklung wie nach der Weimarer Republik möglich macht?

Ich denke, daß eine selbstkritische Überprüfung des bisherigen Verlaufs der politischen Diskussion hier von Nöten ist. Wenn auch die Linke die Zweifler, die gefühlt oder tatsächlich von Konkurrenz Geplagten, die praktisch Argumentierenden und jene, die auch die Grenzen der Entwicklung sehen, nicht in die Diskussion aufnimmt, sondern diese Menschen exkludiert, dann wird ein rechter Rückschlag erheblich wahrscheinlicher.

Im Interesse der zukünftigen Generationen von Menschen auf dem Gebiet Deutschlands: Demokratie ist dort, wo die Meinungen anderer Menschen geachtet werden. Auch die Linke muss sich dem Anspruch stellen, daß neben Forderungen an die Gesellschaft auch Vorschläge zur Finanzierung, Benennung der Risiken und Nebenwirkungen und Aufzeigen von Grenzen erforderlich sind.